



Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Abgeordneten des SSW

Initiative für einen Bürgerdialog und einen schnellen Ausbau von SuedLink

Drucksache 18/ 2785

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Bundesregierung, die Bundesnetzagentur und die Übertragungsnetzbetreiber in der Pflicht sind, die im Bundesbedarfsplangesetz bestätigten HGÜ-Projekte (Hochspannungsgleichstromübertragung), zu denen auch SuedLink zählt, konsequent umzusetzen.

Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, für die HGÜ-Strecken sachgerechte Kriterien als Voraussetzungen für die Teilerdverkabelung zu etablieren, die neben dem Schutz des Menschen im Falle von Siedlungsannäherungen für die Pilotprojekte auch aus naturschutzfachlichen Gründen Teilerdverkabelungen ermöglichen.

Der Landtag fordert die Bundesregierung und die Bundesnetzagentur auf, den formellen Planungsprozess weiterhin mit einem breit angelegten, frühzeitigen und regionalisierten Dialogprozess zu begleiten. Die Planungen des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) hierfür einen breit angelegten Dialog mit den Betroffenen zu führen, werden begrüßt. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Dialogprozess des BMWi aktiv zu unterstützen.

Der Landtag unterstützt, dass die Landesregierung mit einer Regionalkonferenz in intensiver Abstimmung mit der Region schon vor Beginn des formellen Prozesses Angebote der Bürgerbeteiligung zu SuedLink geschaffen hat. Er fordert die Landesregierung auf, sich in die Bundesfachplanung, welche unter Federführung der Bundesnetzagentur (BNetzA) durchgeführt wird, aktiv einzubringen und

1. dabei auch für den Bereich der Elbquerung in enger Absprache mit den zuständigen Behörden in Niedersachsen die raumordnerischen Belange gründlich zu prüfen;
2. sich dafür einzusetzen, die Elbquerung zwischen schleswig-holsteinischer und niedersächsischer Seite einschließlich der Querung der auf beiden Seiten vorhandenen sensiblen Gebiete mit einem Teilverkabelungsabschnitt von hinreichender Länge rechtlich zu ermöglichen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, auch beim Ausbau der Ostküstenstrasse die Möglichkeiten für ein Erd- oder Seekabel als Pilotprojekt zu prüfen.

Olaf Schulze
und Fraktion

Detlef Matthiessen
und Fraktion

Flemming Meyer
und die Abgeordneten des SSW